

"Bibel gegen EWG" in Der Spiegel (19. Juli 1971)

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; R Herausgeber Engel K., Johannes; Gaus, Günter. 19.07.1971, Nr. 30; 25. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein KG. "Bibel gegen EWG", p. 65.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/bibel_gegen_ewg_in_der_spiegel_19_juli_1971-de-a887dobb-aaf5-4a2a-be51-875acf057a95.html

Publication date: 13/02/2017



Bibel gegen EWG

Über 30 Prozent der Norweger wissen noch nicht, ob sie für oder gegen norwegische EWG-Mitgliedschaft stimmen wollen. Um diese Wähler ist ein Propagandakrieg entbrannt.

Mit Adolf Hitler als Schreckgespenst wollen Norwegens EWG-Gegner ihren Landsleuten vor der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Angst machen. Gewerkschaftsfunktionär Ragnar Kalheim aus Oslo: Widerstand gegen den Gemeinsamen Markt „ist eine Fortsetzung des Kampfes von 1940“ (gegen Hitlers Invasionstruppen).

Kalheim ist Vize-Vorsitzender der vor elf Monaten gegründeten „Volksbewegung gegen norwegische EWG-Mitgliedschaft“, deren Couleur von den Kommunisten und Volkssozialisten bis zum bäuerlichen Zentrum und den Volkschristen reicht.

Die Volksfront warnt vor einer Invasion westeuropäischer Großkapitalisten, Bauernleger und Raubfischer und prophezeit den Untergang Norwegens. Dem erst seit 1905 unabhängigen Land – zuvor über 500 Jahre lang dänischen und schwedischen Königen untertan – drohe neue Knechtschaft, diesmal aus Brüssel. In bibelfesten Provinzen Südnorwegens, dem „Bibel-Gürtel“, beweisen Lutheraner aus der Heiligen Schrift, daß die EWG voll Teufel sei.

Das Zentrumsparteiblatt „Ostlendingen“ druckte ein Leser-Gedicht:

Eine Reichstags-Mehrheit will uns verkaufen,
Wir sollen zurück in die Sklaverei,
Aber wir wollen uns selber regieren,
Werden keine EWG-Haie hereinlassen,
Den Ahnen zeigen, daß Vernunft siegt.

Der Weg in die Sklaverei: Seit 1962 haben übergroße Mehrheiten dreier norwegischer Reichstage die Beschlüsse sozialdemokratischer und bürgerlicher Kabinette gebilligt, die EWG-Mitgliedschaft – stets im Gleichschritt mit Haupthandelspartner England – anzustreben.

Norwegens Wirtschaftskapitäne stimmten gleichfalls zu – mit Ausnahme der Lobbyisten zweier Branchen, für die Oslo jetzt in Brüssel Ausnahmen von den EWG-Regeln aushandelt.

Es geht um Fischerei und Landwirtschaft, die vor allem im strategisch exponierten Nordnorwegen einzige Existenzgrundlage sind. Völlig freie EWG-Konkurrenz würde sie beseitigen und die Entvölkerung beschleunigen.

Aus dem Hohen Norden wandern jetzt schon jährlich 5000 Menschen ab. Insgesamt ist in Norwegen seit 1950 die Zahl der Fischer von 75 000 auf die Hälfte zurückgegangen, die der Bauernstellen um 60 000 auf 150 000.

Der Staat stützt die Fischer im laufenden Haushaltsjahr mit 100 Millionen Mark. Der Landwirtschaft hat er in den letzten Jahren jeweils rund 750 Millionen Mark zugeschossen.

In Brüssel plädiert die norwegische Regierung jetzt für eine Änderung der EWG-Fischerei-Regeln. Innerhalb der Zwölfmeilengrenze Norwegens sollen ausländische EWG-Fischer nur fangen dürfen, wenn sie sich in Norwegen niederlassen.

Und Norwegens Landwirtschaft soll – wenn nicht aus der EWG-Kasse – weiterhin aus Norwegens Staatskasse subventioniert werden dürfen, schon um den klimatischen Wettbewerbsnachteil auszugleichen.

Dieses Klima-Manko wird in Norwegens Memorandum an die EWG erläutert: Norwegens Bauern müssen

mit jährlich 120 (Nordnorwegen) bis 200 Wachstumstagen (Südnorwegen) auskommen. Der Süden weise mehr Wachstumstage auf: Deutschland 240, Holland 260, Großbritannien und Irland 280 bis 365.

Oslo möchte zudem Sonderregelungen für Milch und Kartoffeln, Gurken, Tomaten und Beerenobst durchsetzen – für Minimengen: In einer auf zehn Mitglieder erweiterten EWG beträgt Norwegens Anteil an der gesamten Agrarproduktion nur 0,5 Prozent.

Aber die „Volksbewegung gegen norwegische EWG-Mitgliedschaft“ opponiert weiter, gestützt auf angeblich 60 000 Mitglieder. An einem Protestmarsch durch Oslo Anfang Juni nahmen 6000, an der Abschlußkundgebung rund 12 000 Norweger teil.

Die Anti-Bewegung forderte zunächst für sich selbst Subventionen: 250 000 Mark vom Staat für Propagandazwecke. Die Regierung lehnte ab. Verbände der subventionierten Landwirtschaft zahlten der Bewegung darauf den dreifachen Betrag.

Norwegens EWG-freundlicher Industrieverband belehrte die Agrarier: Ob der Staat sie weiterhin mit 750 Millionen Mark im Jahr unterstützen könne, sei fraglich, falls Norwegen außerhalb der EWG bleibt und das Steueraufkommen aus der Industrie dann schrumpft.

Und: Solange ein Verkauf innerhalb der EWG-Zollmauern unmöglich sei, könne auch keine petrochemische Industrie zur Veredelung des in Norwegens Festlandssockel entdeckten Erdöls aufgebaut werden.

Hinter der Gemeinschafts-Mauer aber sind womöglich bald Norwegens wichtigste Handelspartner versammelt. 1970 tauschte Norwegen mit der EWG Waren für 5,8 Milliarden Mark, mit England für 2,9 Milliarden, mit der Rest-Efta für 6,8 Milliarden. 80 Prozent des norwegischen Industrie-Exports gehen nach Westeuropa.

So schwankt die Front der EWG-Gegner: Im jüngsten Meinungstest konnte sich ein Drittel der Norweger nicht entschließen, zur EWG ja oder nein zu sagen. Um sie kämpfen Norwegens „Europabewegung“ und die „Volksbewegung“ mit Pro- und Kontra-Broschüren. Neuerdings wirbt auch die Regierung mit vorerst 1,2 Millionen Drucksachen für die EWG.

1972 soll in Norwegen eine beratende Volksabstimmung stattfinden. Danach entscheidet das Parlament. Der EWG-Beitritt muß von einer verfassungsändernden Mehrheit (mindestens drei-viertel der 150 Storting-Abgeordneten) befürwortet werden.

Die Spitze der Anti-Bewegung ist bereits stumpf geworden: Ihr Vorsitzender, Bauer Hans Borgen, der noch im Juni den Abbruch der Beitrittsverhandlungen gefordert hatte, erklärte im Juli: „Jetzt den Abbruch zu fordern, ist sinnlos.“